

Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Derbandsmitglieder erhalten die Zeitung unentgeltlich. Bestellungen durch die Post für das Vierteljahr 3 Mark.

Verlag: C. M. Schöler, Düsseldorf, Konfordestraße 7.
Send und Versand Joh. van Nieuw, Esfeld, Luth. Kirchstraße Nr. 63-65.
Telefon: 4692.

Schreibleitung: Düsseldorf, Konfordestraße Nr. 7. Fernruf Nr. 4423.



Die neue Wirtschaft.

Wenn man sonst wohl zu sagen pflegt, daß alles in der Welt schon einmal dagewesen sei, so wird man von den Problemen, die uns für die Zeit der Übergangswirtschaft nach dem Weltkrieg harren, doch wohl kaum behaupten können, daß sie ihre Vorbilder in der Geschichte hätten. Und diese Probleme werden um so schwieriger, je länger der Krieg dauert, je mehr wir uns von der Basis der Verhältnisse vor dem Kriege entfernen, je weniger wir hoffen dürfen, an diese wieder unmittelbar anknüpfen und auf diesen aufbauen zu können. Es wird mit der längeren Dauer des Krieges immer wahrscheinlicher, daß wir nach Kriegsbeendigung in eine völlig neue Zeit eintreten, die in Verbindung mit der durch den Krieg geschaffenen wirtschaftlichen Umwandlung und der durch ihn bedingten Lastenablösung zugleich eine neue Wirtschaftsweise notwendig machen wird.

Einen Entwurf zu einer solchen neuen Wirtschaftsordnung bringt Walther Rathenau in einer Broschüre: Die neue Wirtschaft. Zu einem Urteil aber ist Rathenau umsomehr berechtigt, als wir in ihm den Schöpfer der Grundlinien unserer Kriegswirtschaft zu erblicken haben und ihm als Leiter einer Tausende von Arbeitern und Angestellten beschäftigenden, Millionen von Wert repräsentierenden großindustriellen Unternehmung, der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft in Berlin, manche Einblicke in unser Wirtschaftsleben vergönnt gewesen sein mögen, die andere Große im Reich unserer gewerblichen Erzeugung nicht haben tun können. Wie von sozialistischer Seite, so wird auch von Rathenau der Krieg als ein gewaltiger Revolutionär, nicht bloß nach der politischen, sondern vornehmlich auch nach der wirtschaftlichen Seite eingeschätzt. Verarmung, Zerstörung, Lebensvernichtung, Umschichtung der Vermögen, Staatsbelastung, Beeinträchtigung des Völkerverkehrs, Schwächung der Kaufkraft, Verteuerung der Lebenshaltung stehen als die hauptsächlichsten Meilensteine an seinem Wege und mahnen uns nach Mitteln zu suchen, wie wir uns die Bahn frei machen können zur Genesung von den Wunden des Krieges und neuem Volksglück und Aufstieg.

Diese Schläge, die der Krieg dem Körper Deutschlands versetzt hat, sind außerordentlich tiefgehend. Den Kapitalwert der gesamten Kriegsbelastung einschließlich der Schuldenvermehrung der Einzelstaaten und der Ergänzung abgewirtschafteter Materialen, der Valutabeschaffung, des Aufwands für die Versorgung Kriegsbeschädigter und Hinterbliebenen u. berechnet Rathenau auf nicht weniger als 170 Milliarden; das würde für uns einen Jahresaufwand von 10 Milliarden Mark erfordern. Selbst die Einziehung von bis zu einem Drittel der größeren Vermögen könnte die daraus entspringende jährliche Zinslast kaum unter 8½ Milliarden Mark herabmindern. Dazu kommt, was in Zukunft an Mehrausgaben für Arbeitslöhne und kleinere Gehaltseinkommen im Hinblick auf die verteuerten Lebensbedingungen aufzubringen sein wird. Wenn auch die im Kriege eingetretenen Lohnsteigerungen später nicht aufrecht erhalten werden, so muß doch mit einer Aufbesserung um die Hälfte der Friedensbezüge gerechnet werden; das würde für ganz Deutschland etwa 6 Milliarden Mark ausmachen. Unsere Wirtschaft würde also mit einer Mehrbelastung von rund

15 Milliarden Mark jährlich nach dem Kriege dastehen.

Wie ist da nun zu helfen? Grundsätzlich nach Rathenau nur, wenn an die Stelle des Einzelwillens in der neuen Wirtschaft der Gemeinheitswille (S. 27) tritt, die „planvolle Ordnung, die bewußte Organisation, die wissenschaftliche Durchdringung und die solidarische Verantwortung“ (S. 28). Mit andern Worten, die neue Wirtschaft ist nach den rationellsten Gesichtspunkten zu gestalten. Zu diesem Zwecke ist auf das sparsamste mit Menschen und Rohmaterial sowie Transporteinrichtungen zu wirtschaften, die neuesten Methoden und Maschinen sind anzuwenden, der Güteraustausch ist auf dem direktesten Wege zu bewerkstelligen, darüber hinaus soll eine ganz systematische Arbeitsteilung über das ganze Reich einsehen, die Industrie soll zur Herstellung von Typen übergehen. Indem wir diesen Weg beschreiten, versuchen wir, „den Wirkungsgrad menschlicher Arbeit so zu steigern, daß eine verdoppelte Produktion die Belastung (unserer Wirtschaft durch den Krieg) zu tragen vermag und dennoch ihre Hilfskräfte besser entlohnt und versorgt (S. 27). . . . Gelänge es in Deutschland, und es wird gelingen, wenn auch nicht auf dem Wege des freien Spiels, die Normalisierung und Typisierung soweit durchzuführen, als ein wirtschaftlicher Arbeitsprozeß es fordert — und dabei würde eine Mannigfaltigkeit erhalten bleiben, die unseren Stand vor zwanzig Jahren um ein Vielfaches übertrifft, — so wäre bei geeigneter Arbeitsteilung von Wert zu Wert zum mindesten eine Verdoppelung der Erzeugung bei gleichbleibender Einrichtung und gleichbleibenden Arbeitskosten gesichert“ (S. 46).

Für die praktische Durchführung seiner Gedanken sieht Rathenau die Schaffung neuer Organisationen, zunächst der sogenannten Berufsverbände und dann der Gewerbeverbände vor. Zu Berufsverbänden sind zusammenzufassen alle gleichartigen Betriebe der Industrie, des Handwerks und des Handels: etwa alle Baumwollspinnereien für sich, alle Eisendrahtwalzwerke für sich, alle Schreinereien für sich, alle Großhandlungen für Weißwaren für sich. Sodann wäre jede dieser Vereinigungen mit ihren vorverarbeitenden und nachverarbeitenden Gewerben, also das gesamte Baumwollgewerbe, das Eisengewerbe, das Holzgewerbe und das Leinengewerbe, zu gesonderten Gruppen zu verbinden, den sogenannten Gewerbeverbänden. Der wichtigere der beiden Organisationsgebilde ist der Berufsverband, der am einfachsten seiner Form nach als Aktiengesellschaft, seinem Handeln nach als Syndikat zu denken ist; der Gewerbeverband wird am zweckmäßigsten die Gestalt des Zweckverbandes tragen. Kleingewerbe und Kleinhandel werden den Gemeinden zur Regelung und Aufsicht überwiesen. Die Leitung der Produktion liegt im wesentlichen bei den Berufsverbänden; ihre Sache ist auch die Verteilung der Gewinnergebnisse und zwar auf Kapital, Staat, Arbeiter, Werkleiter und durch Verbilligung des Produkts auch auf die Konsumenten.

„Die neue Wirtschaft wird“, so sagt Rathenau seine Gedanken zusammen, „keine Staatswirtschaft, sondern eine der bürgerlichen Entschlußkraft angelegte Privatwirtschaft sein, die freilich zum organischen Zusammenschluß, zur Überwindung innerer Kämpfe und zur Bewältigung ihrer Leistung und Tragkraft staatlicher Mithilfe bedarf.“

Zweifellos wird aber die Durchführung der Gedanken Rathenaus zu einer starken Vertrufung der deutschen Volkswirtschaft führen. Hier steht dann auch schon der Einspruch der deutschen Industrie- und Kaufmannswelt ein, die eine Beibehaltung unserer Kriegswirtschaftsämter als Zentralstellen für die Friedenswirtschaft vermutet, darin die Anfänge zur weitgehenden Sozialisierung unseres gesamten Erwerbslebens nach Rathenauschen Ideen erblickt und den Interessenten ein lautes: Augen auf! zuruft. Wie weit diese Annahme zu Recht besteht, läßt sich von hier aus nicht beurteilen. Umso bemerkenswerter und bedeutsamer aber ist es, zu sehen, wie der Gedanke einer wohlüberlegten Produktionspolitik auch in den Berufsorganisationen der Arbeitnehmer steigende Erwägung findet. So sollten z. B. nach Erörterungen des zweiten Vorsitzenden des freien Bauarbeiterverbandes E. Winnig in der Glocke (1917, 35) die Gewerkschaften bei ihrem Streben nach Lohnerhöhungen nicht lediglich die früheren Methoden anwenden, die einseitig das Interesse des Arbeiters im Auge hatten, sondern gerade auch als Vertretung der Lohnarbeiterschaft sollten sie zugleich darauf bedacht sein, die Produktion zu steigern. Da die deutsche Industrie bei der Wiederaufnahme des internationalen Wettbewerbs mit großen Schwierigkeiten zu rechnen haben wird, die sich nicht ohne weiteres abstellen lassen, so muß sie auch nach Winnig zu dem Mittel greifen, um eine größere Rentabilität durch den Uebergang zu rationelleren Betriebsmethoden zu erzielen. Die Gewerkschaften haben solchen Bestrebungen, zu denen z. B. auch die Anwendung des sogenannten Taylor-Systems gehört, bisher ziemlich mißtrauisch gegenübergestanden, weil sie darin ein Bestreben zur größeren Ausbeutung der Arbeiterschaft witterten. Aber es gilt, so betont Winnig, den ökonomisch-fortschrittlichen Grundgedanken darin zu erkennen, die aufgewandte Energielohnsumme an Arbeitskraft besser zu verwerten als bisher und bessere Ergebnisse zu erzielen, dann läßt sich auch vom Arbeiterstandpunkt nichts dagegen einwenden.

Welche Zukunft den Gedanken Rathenaus beschieden sein mag, auf alle Fälle werden in der „neuen Wirtschaft“ den Berufs- und Standesorganisationen der einzelnen Erwerbsstände wichtige Aufgaben zugewiesen sein. Von ihrer Stärke und dem Grade ihrer Vollkommenheit wird auch in der neuen Wirtschaft das Schicksal ihrer Auftraggeber in hohem Grade bedingt sein. Je mehr im Dienst der Gemeinwirtschaft der Einzelne vielleicht zurücktritt, umso mehr wird an seiner Stelle die Standesorganisation seine Funktionen und seine Interessenvertretung zu übernehmen haben.

Allgemeine Rundschau.

Eine große Rundgebung der Gesellschaft für soziale Reform

findet am Sonntag, den 14. April, 12 Uhr nachtags, in der „Philharmonie“ zu Berlin statt. Staatsminister a. D. Freiherr von Berlepsch wird die Veranstaltung leiten und Professor Dr. Franke hält den Vortrag. Ferner werden Ansprachen halten die Professoren: Brentano, Ghe und Hertner, Staatsminister und Abg. Graf Bofabowsky, sowie Staatssekretär a. D. Dernburg. Für die Gewerkschaften werden die Zustimmungserklärungen abgegeben: Legien (freie Gewerkschaften), Stegerwald (christliche Gewerkschaften), Hartmann (S.-D. Gewerksvereine) und Jaller (Österreichischer Eisenbahnerverband); für die Angestellten u. a. Bechly (deutsch-nationaler Handlungsgehilfenverband) und Dr. Höfle (Bund technisch-industrieller Beamten).

Wieder höhere Preise?

In der Mitte Februar ds. J. abgehaltenen Vollversammlung des deutschen Landwirtschaftsrats wurde die „Lohnfrage“ nicht als eine Preisfrage, sondern ausschließlich als eine Lohndfrage betrachtet. Nicht „was kostet“? sondern „wie und woher bekomme ich?“ sei heute die ganz allgemeine Frage, auch für unsere im ganzen so reichlich verdienende

Arbeiterschaft. So der Vorsitzende des deutschen Landwirtschaftsrats in seiner Eröffnungsansprache. In den vorgeschlagenen Leitlinien wird sodann (nach Berichten der Tagespresse) der freie Verkehr für Eier, Obst und „andere leicht verderbliche Garten- und Feldfrüchte“ gefordert; ferner wird eine Erhöhung der Preise verlangt. — Der Behauptung, daß die Preisfrage bei der Lebensmittelversorgung angesichts der hohen Verdienste der Arbeiterschaft weniger eine Rolle spiele, begegnen wir heute fast überall in den Kreisen der Interessenvertretung landwirtschaftlicher Erzeuger. Wir wenden uns aufs schärfste gegen eine solche Auffassung. Für uns Textilarbeiter ist die Lebensmittelfrage ganz besonders auch eine Preisfrage. Die Löhne der Textilarbeiter sind wahrhaftig nicht derart, daß sie nach dem Preise der Ware nicht zu fragen brauchen. — Auf der andern Seite liegen aber die Dinge so, daß wir uns wahrscheinlich wieder mit höheren Preisen werden abfinden müssen. Die Macht der Verhältnisse und die der landwirtschaftlichen Erzeuger wird wohl wieder stärker sein wie der gute Wille und wie die sonstigen Faktoren. Für uns ergibt sich aber aus dieser Situation eine Notwendigkeit mehr, mit aller Entschiedenheit auf eine weitere erhebliche Verbesserung unserer schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu drängen.

Die Brücke zu Frieden und Wohlstand.

Die Friedensangebote der deutschen Regierung waren von dem ehrlichen Willen eingegeben, dem deutschen Volke die Segnungen des Friedens sobald als möglich zu bringen. Sie scheiterten an dem starren Sinn unserer Feinde, die einen Frieden wollen, der Deutschlands Niederlage und Deutschlands Niedergang besiegelt. Einen „demokratischen“ Frieden nennen sie das und finden durch die Meisterhaft ihrer Phrase leider selbst bei uns noch Gimpel, die auf diesen beim kriechen. Inzwischen hat unser unversöhnlichster Feind, der Engländer, zu neuen Rüstungen ausgeholt und sogar die allgemeine Wehrpflicht auf das 55. Lebensjahr ausgedehnt.

Auf unsere Feinde wirkt nichts wirksamer, als entschlossenes und geschlossenes Auftreten. Nur die kraftvolle Tat wird den Engländer zu der Einsicht zu bringen vermögen, daß er Deutschland nicht niederringen kann.

Die Befundung eines derart entschlossenen Willens vollzieht sich nicht nur an der Front, sondern auch dahinter in den weiten, gesegneten Gauen unserer schönen deutschen Heimat.

In harter Arbeit muß dort all das erzeugt werden, was die Armee zur Erzwingung des Friedens braucht. Darum muß auch das Heimateer stark und arbeitsfähig erhalten werden.

Und auch damit ist's noch nicht getan! Zum Kriegführen gehört bekanntlich Geld und immer wieder Geld. Das wissen nicht nur wir, sondern auch unsere Feinde, und sie setzen ihre Hoffnung darauf, daß es uns ausgehen wird. Sie hoffen zunächst auf den militärischen Zusammenbruch Deutschlands, dann, als dieser nicht eintrat, auf den wirtschaftlichen und schließlich auf den finanziellen. Die Dampfwalze hat unser Hindenburg zerbrochen, der Umklammerungsring ist im Osten gesprengt.

In Bälde ergeht an das deutsche Volk der Aufruf zur achten Kriegsanleihe. Da gilt es unseren Feinden zu zeigen, daß wir auch in Zukunft dem Reich die erforderlichen Mittel zur Verfügung stellen, und daß da auch der Arbeiter und Angestellte nicht zurückbleibt. Die achte Kriegsanleihe muß ein voller Erfolg werden.

Dieser Wille ist auch in unserer gemeinnützigen Deutschen Volksversicherung lebendig. Sie will all denjenigen, die dem Vaterlande in schwerer Zeit ihre Mittel zur Verfügung stellen wollen, kraftvoll unter die Arme greifen. Mit Hilfe ihrer Kriegsanleiheversicherung gibt sie jedem die Möglichkeit, bei nur geringer Bareinzahlung (mit 5 Prozent der gezeichneten Summe) Großes zu leisten. Das Ergebnis bei den früheren Kriegsanleihen beweist, daß weit hin volles Verständnis dafür vorhanden ist.

Nur die kraftvolle entschlossene Tat führt zum Frieden, und zwar zu einem guten Frieden. Auf diese Brücke sollen

wir treten. Sie führt auch zum Wohlstand, nicht zuletzt deshalb, weil in einer abgeschlossenen Kriegsanzahlversicherung auf das Leben des Mannes, der Frau oder der Kinder (über sieben Jahre), die Sicherung für die Zukunft beruht. Sie ist ein guter Schutz gegen die Wechselfälle des Lebens.

Und so darf man hoffen, daß in unseren Reihen nicht nur von der Kriegsanzahlversicherung ein recht reger Gebrauch gemacht wird, sondern daß auch aus unseren Reihen viele dadurch helfen, daß sie bei Freunden und Kollegen für sie werben. Jede Ortsgruppe sollte wenigstens einen Kollegen bestellen, der die Sache in die Hand nimmt und sich möglichst bald mit der hierfür zuständigen Generalrechnungsstelle des Gesamtverbandes (Pöln, Benloerwall 9) in Verbindung setzt.

Aus unserer Industrie.

Keine Monopolisierung der Baumwolle.

Der Leiter der großen mechanischen Baumwollspinnerei und Weberei Bamberg, Geheimer Kommerzienrat Semlinger, eine anerkannte Autorität auf dem Gebiete der Textilindustrie, äußerte sich in seinem Geschäftsbericht für das Jahr 1917 zur Monopolisierung der Baumwolle in folgender interessanter Weise: „In neuerer Zeit tritt auch das Gespenst eines Baumwoll-Monopols auf; es ist zu hoffen, daß dieses keine greifbare Gestalt gewinnt, denn nichts würde unsere Industrie mehr schädigen, als wenn die nach und nach groß gewordene deutsche Spinnerei in staatliche Fessel geschlagen und jeder Unternehmungsgelst dadurch gelähmt würde. Nur in freier Bewegung kann der Platz in der Welt wieder zurückgewonnen werden, den uns die Gegner in den letzten drei Jahren entzogen haben. Ich wage nicht auszudenken, welchen Eindruck es auf unsere ganze Industrie machen müßte, wenn die Absicht eines Monopols für Baumwolle, dem das für alle anderen Faserstoffe naturgemäß folgen müßte, ernsthaft verfolgt werden sollte und ich denke, es wird wohl noch andere Wege geben, auf denen es gelingt, ohne zu schwere Schädigung einer der wichtigsten deutschen Gewerbegebiete, die durch den Krieg entstandenen und noch entstehenden jährlichen Lasten zu tragen. Aber auch ohne die Gefahr einer Fesselung durch staatliche Eingriffe genannter Art werden die Arbeitsbedingungen auf dem Gebiete der Textilindustrie für eine Reihe von Jahren nichts weniger als befriedigend sein und es wird sich die Notwendigkeit eines engeren Zusammenschlusses der einzelnen Geschäftszweige und einer ausgeprochenen Spezialisierung für die einzelnen Werke herausstellen, damit der zweifellos schwere Kampf ums Dasein mit Erfolg gekämpft werden kann; die Mitarbeit aller Beteiligten muß dabei mit Zuversicht erwartet werden.“

Aus dem Verbandsgebiete.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Augsburg. Die Baumwollspinnerei am Stadtbach vor dem Schlichtungsausschuß. Am 15. Februar fand vor dem Schlichtungsausschuß beim Bezirkskommando Augsburg die Beschwerde der Arbeiterschaft der Baumwollspinnerei am Stadtbach gegen die Direktion dieser Fabrik statt. Der Grund lag im Abzug gewährter Kriegsteuerzulagen. Im Schlichtungsausschuß führte Generalmajor Bus den Vorsitz, Generaldirektor Bus und Handwerkskammerpräsident Dr. Purpus waren als Vertreter der Arbeitgeberchaft, Gewerkschaftssekretär M. Bernthal und Gewerkschaftssekretär Rieger als Vertreter der Arbeitnehmer erschienen; ebenso als nichtständige Mitglieder: Fabrikdirektor Dillmann und Saalmeister Becht. Die beschwerdeführende Arbeiterschaft vertraten die Gewerkschaftssekretäre Rothörl und van der Meulen, die Baumwollspinnerei am Stadtbach: Direktor Moser und Fabrikbeamter Petral.

Unter der Direktion des inzwischen aus dem Werke ausgeschiedenen Kommerzienrats Claus war der klagenden Arbeiterschaft eine Kriegsteuerzulage von 4 Mk. pro Zahltag und eine Kinderzulage von 3 Pfennig pro Arbeitsstunde neben anderen Zuwendungen (Übernahme der Krankenkassenbeiträge, verbilligte Verabreichung von Naturalbezüge) gewährt worden. Mit 1918 wurde die Kriegs-

steuerzulage von 4 Mk. pro Zahltag und die Kinderzulage von 3 Pf. pro Arbeitsstunde der Arbeiterschaft wieder aufgehoben. Die Arbeiterschaft hat um Rückgängigmachung dieser Maßnahme, doch führten die Verhandlungen zu keinem Ergebnis, so daß die Arbeiterschaft den beschwerdeweg zum Schlichtungsausschuß betrat.

Gewerkschaftssekretär van der Meulen machte zunächst geltend, daß die Arbeiterschaft die Zulagen als Lohn betrachtet habe. Sie seien ein wesentlicher Bestandteil des Einkommens der Arbeiterschaft. Unter den jetzigen Zeitverhältnissen sei es unverantwortlich, der Arbeiterschaft ihr Einkommen in einer derartigen Weise zu schmälern.

Direktor Moser verwies auf den eingetretenen Direktionswechsel und auf die Arbeiterwohlfahrts-Einrichtungen. Die Zahltag- und Kinderzulagen seien ebenso wie die Naturalbezüge und dergleichen Unterstützungen, die in der Folge der Kriegszeit Kommerzienrat Claus in seiner großen Fürsorge der Arbeiterschaft gewährt habe. Als die vorjährige Lohnerhöhung von 100 bis 150 Prozent eintrat, seien diese Unterstützungen schon in Kraft gewesen, aber sie neben solchen Lohnerhöhungen beizubehalten, sei ein Unding. In keinem Betriebe der deutschen Baumwollindustrie würden derartige Beträge für Arbeiterwohlfahrt aufgewendet. Man habe den Arbeitern so viel Unterstützungen gegeben, daß es angezeigt gewesen sei, die überschraubten Bezüge auf ein Normalniveau zurückzuführen. Es handle sich um jederzeit widerrufliche Zulagen.

Gewerkschaftssekretär Rothörl gab die Aufwendungen für Arbeiterwohlfahrtszwecke zu. Früher sei es bei den niedrigen Löhnen der Firma leicht möglich gewesen, ein hübsches Sämmchen Geld auf die Seite zu tun für Wohlfahrts-Einrichtungen. Hätte man aber damals der Arbeiterschaft Löhne gegeben, mit denen sie hätten anständig leben können, dann wären die hohen Summen für Wohlfahrts-Einrichtungen heute nicht da. Gerade die Arbeiterschaft, die ihre Arbeitskraft der Firma widmete, und somit den Fonds zur Wohlfahrts-Einrichtung schaffen half, hat auch einen Anteil an den Gewinnen. Die Lohnerhöhung in der Stadtbachspinnerei verhalte sich in Wirklichkeit anders. Redner könne auf Grund der Zahltagzettel nachweisen, daß die 100- bis 150-prozentige Lohnerhöhung tatsächlich nicht zur Geltung komme. Bei vorhandener Arbeitsgelegenheit hätten die erwachsenen weiblichen Arbeiter einen Stundenlohn von 50 Pf. und die männlichen einen solchen von 70 Pf., aber sie hätten die meiste Zeit keine Beschäftigung und gingen oft nicht mit der Hälfte des bei normaler Arbeitszeit sich ergebenden Lohnes nach Hause. Gerade das erstemal, als man die Zulage zurückbehielt, seien Arbeiter, die nach den jetzigen Lohnsätzen 55 und 60 Mark verdienen müßten, mit 26, 30 und 35 Mark heimgeschickt worden. Mit solchen Löhnen sei es den Familien heute nicht möglich, zu existieren. Man habe ja trotz der Lohnerhöhungen die Steuerzulagen noch längere Zeit weiterbezahlt, wenigstens solange Kommerzienrat Claus noch am Ruder stand.

Direktor Moser erklärt, daß nach einer 1917 vorgenommenen Bilanz Direktor Sembert den Auftrag erhalten habe, die Lohnfrage ab 1. Januar 1918 auf ein Niveau zu bringen, wie es den bestehenden Verhältnissen einigermaßen angemessen erscheinen müsse. Die Baumwollspinnerei am Stadtbach marschiere mit etwa 83 Prozent an der Spitze aller Lohnerhöhungen in der Baumwollindustrie. Es sei nach wie vor die Absicht der Firma, ihre Arbeiterschaft zu unterstützen, aber sie könne kein Dofser bringen, das rechnerisch nicht durchführbar ist. Die Zahl der Arbeitskräfte in der Stadtbachspinnerei sei von 1500 im Jahre 1914 auf 700 zurückgegangen.

Gewerkschaftssekretär Rothörl weist darauf hin, daß die Direktion bei der feinerzeitigen Rücksprache mit den Vertretern der Arbeiterschaft erklärt habe, sie müßte, wenn man auf der Beibehaltung der Zahltagzulage von 4 Mk. beharre, zu Arbeiterentlassungen schreiten. Nunmehr habe man die Zulage gestrichen und trotzdem dazu noch eine Anzahl Arbeiter entlassen. Die Unterstützung für Erwerbslose werde nicht vom Arbeitgeber allein getragen, sondern 1/3 davon tragen Reich, Staat und Kommune. Redner bestreitet nicht, nachdem der Vorsitzende eine Zusammenstellung zur Verlesung gebracht hat, wonach die weiblichen Durchschnittslöhne in der Stadtbachspinnerei tatsächlich höher sind als die anderer hiesiger Textilbetriebe, daß es in Augsburg Textilbetriebe gebe, die noch schlechter bezahlt werden wie die Stadtbachspinnerei und es sei tief bedauerlich, wenn man höre, wie sie trotz der angeblich so schlechten Verhältnisse ihre Dividenden so bedeutend erhöhen können. Die Stadtbachspinnerei zahle immer noch 10 Prozent und wenn auch da und dort ein kleiner Rückgang sei, so sei wo anders wieder ein Vorprung. Er betont: „Wir freuen uns wenn ein Unternehmer verdient, müssen aber auch verlangen, daß ebenfalls die Arbeiterschaft gerechten Anteil erhält. Unsere Kämpfer im Felde, die ja auch von den Dingen unterrichtet sind, bedauern es sehr, daß man in der Heimat, wo in manchen Arbeiterfamilien der Krieg so hart empfunden werden muß, von gewissen Seiten geradezu auf Anhäufung des Kapitals drängt. Unter den heutigen Verhältnissen

sei es schon angebracht, daß man bereits bestehende Wohlfahrts-
einrichtungen oder Zulagen den Arbeitern beläßt.

Das Schlichtungsausschuhmitglied Bernthaler weist darauf
hin, daß die Zulagen gewährt worden waren zum Ausgleich für
die Feuertaxen, diese beständen aber heute noch, und in erhöhtem
Maße. Deshalb hätte die Stadtbachspinnerei sie bestehen lassen
sollen, bis die Arbeiterschaft in der Lage sei, auf ihre volle Arbeits-
lohnstufe zu kommen.

Nach einer halbständigen Beratung des Schlichtungsausschusses
veränderte der Vorsitzende folgenden

Schiedsspruch:

Der Schlichtungsausschuß beim Bezirkskommando Augsburg
hat in seiner Sitzung am 15. Februar 1918 in der Reichwerde-
angelegenheit der Arbeiterschaft der Baumwollspinnerei am Stadt-
bach gegen die Fabrikleitung wegen Entziehung der bisher ge-
währten Feuerzulagen von 4 Mark pro Jahrlag nebst den
Kinderzulagen von 3 Pf. per Arbeitsstunde folgenden Schieds-
pruch erlassen:

Wenn auch anerkannt werden muß, daß die Lohnsätze der
Baumwollspinnerei am Stadtbach in Augsburg nicht niedriger
sind, als jene in anderen ähnlichen fabrikatorischen Betrieben
in Augsburg, so bleibt doch andererseits die Tatsache bestehen, daß
die Arbeiter der Baumwollspinnerei wegen nicht immer vorhandener
solliger Beschäftigung und Verdienstmöglichkeit nicht imstande sind,
die in der Lohnaufstellung pro Jahrlag ausgewiesenen Beträge
regelmäßig voll zu verdienen.

In Anbetracht der noch bestehenden außerordentlichen Feuerungs-
verhältnisse wird der Direktion der Baumwollspinnerei am Stadt-
bach dringend nahe gelegt, bis zum Wiedereintritt geordneter
Arbeitsverhältnisse und günstigerer Lebensbedingungen die bisher
freiwillig gewährten Feuerungs- und Kinderzulagen wieder zu be-
zahlen.

Bamberg. (Kürzung der Pensionsbezüge in der
Rech. Baumwoll-Spinn- und Weberei Bamberg.) In
der Gemeindebevollmächtigtenversammlung vom 21. Januar wurde u. a.
auch ein Schreiben des Herrn Geheimrat Semlinger verlesen,
das gegen einen Gemeindebevollmächtigten gerichtet war, der an-
geregt hatte, durch Herrn Oberbürgermeister Wächter, Bamberg,
Protest wegen der Kürzung der Pensionsbezüge des Fabrikpersonals
und der Verwendung der auf diese Weise erübrigten Gelder für
das Lazarett der Spinnerei einzulegen.

Im Schreiben des Herrn Geheimrates heißt es nun u. a.:

In der zweiten Hälfte 1915 und in der ersten Hälfte 1916
habe wegen Mangel an Rohstoffen Arbeitskürzung eintreten müssen;
insolgedessen sei auch der Gesamtverdienst eines Teiles der Arbeiter-
schaft geschmälert worden. Um einen gerechten Ausgleich zu
schaffen, sei den Pensionisten von über 600 Mark an eine
10-20 prozentige Kürzung gemacht worden; zu Lazarett-
zwecken sei diese Ersparung niemals verwendet, sondern dem
Pensionsfond zugewiesen worden.

Dieser Erklärung gegenüber sei hiermit folgendes Schriftstück,
datiert vom 31. August 1914, mit rückwirkender Kraft
vom 1. August 1914, der Öffentlichkeit übergeben.

Mechanische Baumwollen-Spinnerei und Weberei Bamberg.

Bamberg, den 31. August 1914.

Mitteilung an die Pensionisten.

Es erscheint nicht mehr als billig, daß, nachdem die ganze
Arbeiterschaft durch die notwendig gewordene Betriebsbeschränkung,
später vielleicht gänzliche Betriebseinstellung, empfindliche Ein-
nahmeverluste erleidet, auch die Pensionäre, welche größere Beträge
erhalten, eine Kürzung ihrer Bezüge erfahren; es würde jeder
Gerechtigkeit widerstreiten (!), wenn die Pensionisten besser gestellt
wären, als die noch in der Fabrik tätigen Arbeiter.

Wir werden daher vom 1. August ab während der Kriegs-
dauer die von der Fabrik gewährte Pension kürzen um 10 Prozent
in allen Fällen, in welchen das Gesamtvermögen des Pensionisten
einschließlich der staatlichen Invalidenrente zwischen
M. 500 und 700 beträgt, 15 Prozent bei einem Einkommen
zwischen 701 und 900, 20 Prozent bei einem Einkommen zwischen
901 und 1100, 25 Prozent bei einem Einkommen über 1100.

Alleinstehende Pensionisten, die zwischen 400 und 500
Mark einnehmen, werden um 10 Prozent gekürzt.

Alle übrigen Pensionisten bleiben ohne Abzug.

Der auf diese Weise erübrigte Betrag findet zu
Gunsten der Besonderen Verwendung.

Jede weitere Bemerkung dürfte überflüssig erscheinen.

Bamberg. Die Mechanische Seidenwarenfabrik Bamberg ist,
wie der Geschäftsbericht 1917 festlegt, im vierten Kriegsjahre fort-
gesetzt steigend in Mitleidenhaft gezogen worden. Der Umfang
der Kriegsmassnahmen nahm weiter zu; die Beschäftigung
der Rohstoffe, Betriebsmaterialien, Verarbeitung und Fabrikate ist
nur auf alle 8 angedeutet worden, wie auch für alle Geschäftsjahre
festgelegt sind. Die Anforderungen an die Fabrikanten waren groß

und überstiegen sogar unsere Leistungsfähigkeit. Unser Betrieb war
seit Ende Februar in voller friedensmäßiger Arbeitszeit beschäftigt,
dagegen konnte die Maschinenanlage nur teilweise ausgenutzt werden,
weil lediglich nach den Bestellungen gearbeitet werden durfte,
welche verschiedene Abteilungen unserer großen Vielseitigkeit nicht
stets in Anspruch nahmen, wir uns daher ausschließlich nach den
uns zugewiesenen Rohstoffen zu richten hatten. Noch im Vorjahre
erhielten wir weit mehr und auch viel bessere Rohstoffe zugeteilt,
aber nunmehr seit längerer Zeit nur noch geringere Sorten, haupt-
sächlich holländische Flachse in ungenügend ausgearbeitetem Zustande.
Beim deutschen Hans- und Flachsbau hatten wir uns bis jetzt mit
rund M. 200 000,— beteiligt, nachdem seinerzeit festgesetzt wurde,
daß wir dagegen entsprechende Mengen solcher Rohstoffe zugewiesen
erhalten sollen. Die bezüglichen Zuweisungen wurden jedoch immer
geringer und sollen nun fast gänzlich unterbleiben, weil für andere
Zwecke nötiger. Die Zusammenlegung der Betriebe wurde nach
bestimmten Richtlinien eingeleitet, aber bis jetzt noch nicht durch-
geführt. Wir sollten hauptsächlich zur Papierverarbeitung
herangezogen werden. Die Umstellung zur Papierspinnerei u. wurde
von uns programmäßig durchgeführt, konnte aber nur zum Teil
verwertet werden, weil für Faierzeugnisse größerer Bedarf bestand,
außerdem fehlte es auch an Spinnpapier, welches schon lange nicht
mehr zu beschaffen ist." — Mehrfach eingetretener Kohlenmangel
verursachte wiederholte, bisher jedoch nur kürzere Stilllegung des
gesamten Betriebes. — Die weitere Zukunft des Betriebes
hängt davon ab, wie sich die Beschäftigungsmöglichkeit, also einer-
seits Aufträge und andererseits die Zuzugung von Rohmaterial
an Faser und Spinnpapier, an Betriebsmaterial, insbesondere an
Kohlen, Öl und Riemen u. und ferner die Arbeiter-Verhältnisse
gestalten werden.

Ehren-Tafel.



Es starben den Heldentod fürs Vaterland

Hugo Form aus Forst i. L.
Max Trinks aus Forst i. L.
Paul Krahl aus Forst i. L.
Michael Niederau aus Dören.
Leonhard Maintz aus Aachen.

Wir wollen Ihr Andenken in Ehren halten.
Den Familien der Gefallenen unser inniges Beileid.

Sekretariat Neustadt O.-Schl.

Vom 1. April d. J. ab befindet sich das Sekretariat im
Gasthof „Schlesischer Hof“, Löpferstr. 131, woselbst vor-
läufig jeden Mittwoch und Sonnabend mittags von 12—1 Uhr
Sprechstunden abgehalten werden.

Bis zum 1. April werden die Sprechstunden noch im
bisherigen Büro Globnystr. 2 an den gleichen Tagen abge-
halten. Dasselbst auch Ausgabe der Marken und Abrechnung
mit den Vertrauensleuten.

G. Jungnitzsch.

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Die neue Wirtschaft. — Allgemeine Rundschau:
Eine große Kundgebung der Gesellschaft für soziale Reform. —
Wieder höhere Preise? — Die Bräute zu Frieden und Wohlstand.
— Aus unserer Industrie: Keine Monopolisierung der Baum-
wolle. — Aus dem Verbandsgebiete: Berichte aus den
Ortsgruppen: Augsburg — Bamberg — Ehren-Tafel. —
Sekretariat Neustadt O.-Schl.

Verantwortlich für die Schriftleitung: J. B. C. M. Schäfer.

Direktion: Konradstraße Nr. 7.